Oeffentlichkeit, denn er steht in der Demokratie nicht irgendeinem kapitalistischen Privatmann gegenüber, sondern den Repräsentanten des Volkes. Zeigen sich Unternehmer halsstarrig gegen Gewerkschaften so hat keine andre Macht die Möglichkeit, mitentscheidend einzugreifen. Lehnen Behörden und Regierung die Forderungen der Beamten ab, so ist es immer noch den Parlamenten anheimgestellt, regelnd einzugreifen, oder das Volk kann bei dem nächsten Wahlgange die Entscheidung der Regierung korrigieren.

Weiter: Der Beamte kann vom Arbeitgeber **nicht** entlassen werden, wenn seine Kräfte erschöpft sind. Ihm bleibt die Pension, ihm bleibt die Verpflegung in Krankheitsfällen. Es handelt sich hier, namentlich bei den unteren Beamten, sicher nicht um eine glänzende Sicherung. Immerhin ist sie grundsätzlich anders und günstiger als beim Arbeitnehmer des Privatbetriebes — der seine Arbeiter auch einmal **aussperren** kann, sofern das seinen Wünschen und Zielen nützlich ist. Nach den Bestimmungen der Beamtenordnung wie der Verfassung darf der Staat seine Beamten weder aus politischen noch aus wirtschaftlichen Gründen maßregeln. Und wo etwa eine verrannte Regierung einmal Beamte wegen wirtschaftlicher Differenzen aussperren wollte, würde sich die ganze Oeffentlichkeit schon deswegen dagegen erheben, weil ein solcher Kampf für das gesamte Volk unheimliche Schäden anrichten kann. Aber wie solche Stillegung der Betriebe durch die Regierung vom ganzen Volke bekämpft werden **müßte**, so sieht es das Volk auch mit sehr gemischtem Empfinden, wenn Beamtenschichten die Oeffentlichkeit lahmlegen. Ein solcher, durch Lähmung wichtiger öffentlicher Zweige geführter Kampf gegen die Repräsentanten des Volkes ist unsrer Ansicht nach überhaupt nur denkbar nach Verständigung mit sämtlichen andern Gewerkschaften und nur, sofern die übrigen Gewerkschaften den Kampf für **notwendig** halten.

Auch eine solche Notwendigkeit ist ja unter gewissen Voraussetzungen **denkbar**. Nehmen wir einmal an, daß man den Beamten ihre **politischen Grundrechte** nehmen wollte oder daß eine reaktionäre Welle käme, die an sich schon eine Bedrohung der Meinungs- und Gewissensfreiheit der Beamten bedeutete, so wäre ein Streik der Bedrohten zur Sicherung ihrer Staatsbürgerrechte und ihrer politischen Existenzgrundlage gerechtfertigt. Denn erst solche politische Rechte wie das Koalitionsrecht geben ja den Beamten die Möglichkeit, ihre Interessen auf dem Wege parlamentarischen Verhandelns oder des Appells an die Vertretung des Volkes zu wahren.

Wir wissen, daß nicht unsre Auffassung nicht von allen Beamtenkreisen geteilt werden wird. Aber wir haben uns die Sache gedreht und gewendet, ob wir bei den Kreisen, an deren Einsicht wir appellieren und deren Sorgen und Nöte auch die Sorgen und Nöte unsrer Partei sind, geteilten oder ungeteilten Beifall finden. Ueber dem Wohle des einzelnen und über den Berufsinteressen einzelner Erwerbsgruppen müssen für uns alle stehen das Wohl der **Republik** und der **Ausbau der Demokratie zum Volksstaat**. Diesem Ausbau wird durch einen wirtschaftlichen Kampf, bei dem sich die Erwerbsgruppen gegenseitig zerfleischen, nicht gedient. Die Republik aber wäre geradezu in ihrer Existenzgrundlage bedroht, wenn ihre öffentlichen Funktionen des Staatsapparates bald von dieser, bald von jener Gruppe gelähmt werden könnten. Die deutsche Arbeiterschaft wie die Angestellten müssen sich in den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Instanz schaffen, der in allen Lohnkämpfen nicht nur eine beratende, sondern auch eine entscheidende Stimme zukommt.

•

Die Kappisten werfen die Angel

An Dresdner Straßenecken kleben Zettel, in denen anonyme Schmierfinken sich mit folgenden Redensarten an die Beamten wenden: „Als im März 1920 am Kapp-Putsch die Ministersessel der roten Regierung ins Wanken kamen, als die sozialdemokratisch-demokratische Genossenschaft feig in Hemdsärmeln nach Dresden ausriß, da rief auch die rote Regierung zum Generalstreik auf, heute, da ihr in ärgster Not zum Streik greift, bedroht euch dieselbe schwarzrotgoldene Regierung für dieselbe Tat mit Gefängnis und R.-G. Das ist der Dank vom Hause Ebert-Lipinski.“

So sucht die Reaktion die Not der Beamten auszubeuten. Sie muß die Beamten für sehr gedächtnisschwach halten. Denn das alte Regime behandelte sie wie unmündige Kinder, die sich jedem Befehl einer souveränen, unabsetzbaren Obrigkeit zu fügen hatten!

Wiederaufleben des Verkehrs

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 9. Februar. Die Parole der Reichsgewerkschaft, den Streik abzubrechen, hat den Erfolg gehabt, daß bereits heute mit einem ziemlich regelmäßigen Verkehr zu rechnen ist. Die Eisenbahndirektionen glauben nach den uns zugegangenen Meldungen, schon Donnerstag vormittag auf Grund der zahlreichen Dienstmeldungen wieder in der Lage zu sein, die Züge fahrplanmäßig abgehen zu lassen. Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind allgemein im Laufe des Mittwochs getroffen worden. Zum Teil wurde die Arbeit in einzelnen Eisenbahndirektionen schon am Mittwoch abend 10 Uhr aufgenommen. Der Rest soll heute vormittag um 6 Uhr bzw. 8 Uhr folgen.

Es war Anweisung gegeben, daß die **Technische Nothilfe** in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag **zurückgezogen** wurde. Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Arbeit haben sich nur ganz vereinzelt ergeben, und zwar in der Hauptsache dort, wo Führer der Streikenden noch inhaftiert waren. Der preußische Minister des Innern hat sich deshalb veranlaßt gesehen, an die in Frage kommenden Behörden sofort telegraphische Anweisung auf **Entholtung** zu geben.

Leider kommen auch Meldungen, nach denen einzelne Eisenbahnpräsidenten **Bekanntmachungen über Maßregelungen** veröffentlichen, die nicht geeignet sind, beruhigend zu wirken. Soweit uns bekannt wurde, hat der Reichskanzler den Unterhändlern der Reichsgewerkschaft am Dienstag abend die Zusicherung gegeben, daß von den Streikführern nur die **Mitglieder des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft**, der Eisenbahnobersekretär **Manne** und der Lokomotivführer **Schorfschwert**, vom Dienst suspendiert werden. In einer am gestrigen Nachmittag stattgefundenen Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Unterhändlern der Reichsgewerkschaft wurden die weiteren Absichten der Reichsregierung in bezug auf die Durchführung eines Disziplinarverfahrens erörtert. Im übrigen dürfte auch der Reichskanzler in seiner heutigen Reichstagsrede auf die gerichtliche Verfolgung von Sabotageakten und die Suspendierung vom Dienst sowie die zu erwartenden Maßregelungen an einzelne Beamte eingehen.

Die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** besprach gestern in zwei Sitzungen die durch den Eisenbahnerstreik und durch seinen Abbruch entstandene Lage. Einmütigkeit bestand darüber, **daß keine Rachepolitik getrieben werden darf** und daß die schnelle **Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten** zu wünschen sei. Meldungen, die Gegenteiliges besagen und die von einem stürmischen Verlauf der Fraktionssitzungen sprechen, beruhen auf **Unwahrheit**.

Auch das **Reichskabinett** beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der offiziellen Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten. Wie wir erfahren, tritt die Regierung heute vormittag nochmals zu einer Beratung über die Aufhebung, **die von dem Grade der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht wird**, zusammen. Nach den vorliegenden Berichten der Eisenbahndirektion wird bereits heute mit einem ziemlich fahrplanmäßigen Verkehr gerechnet, so daß also auch mit einer **Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten am heutigen Tage** zu rechnen ist.

Ueber den Ausgang des Streiks schreibt der **Vorwärts**:

„Faßt man das Ergebnis zusammen, über das noch so manches zu sagen sein wird, so kann man feststellen, daß dieser ungewerkschaftliche Streik zwar gewaltigen Schaden angerichtet hat, daß aber **durch** ihn nichts erreicht worden ist, das **ohne** ihn nicht mindestens ebensogut hätte erreicht werden können. Daß der Schaden nicht ins Unendliche stieg und daß die schlechtest bezahlten Beamten Aussicht haben, ihre berechtigten Wünsche befriedigt zu sehen, ist nicht zuletzt der **sozialdemokratischen Vermittlungstätigkeit** zu danken.“

•

Widerstände gegen den Streikabbruch

Nur vereinzelt stellen sich dem Streikabbruch Widerstände entgegen. So dauert nach der Kölnischen Zeitung der Streik im **rheinisch-westfälischen Industriegebiet** noch an. Die Unabhängigen und Kommunisten treten für die Fortdauer des Streikes ein. In Essen werden Flugblätter verteilt, die für die Fortführung des Streiks Propaganda machen. In einer Versammlung der Streikenden, die gestern nachmittag in Dortmund stattfand, wurde bekanntgegeben, daß die Streikleitung für den Direktionsbezirk Essen zur sofortigen Aufnahme der Arbeit auffordere.

Auch im Eisenbahndirektionsbezirk **Altona** sind die Eisenbahner dem Beschluß der Berliner Streikleitung nicht gefolgt. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner wurde beschlossen, im Streik zu verharren.

Der Bahnhof **Homburg** soll gewaltsam von den Streikenden bedroht worden sein. — In allen diesen Orten ist aber zweifellos der Ausgleich der Gegensätze auch nur noch eine Frage der nächsten Stunden.

•

Keine Streikabsichten bei der Schutzpolizei

Berlin, 9. Februar. Gegenüber verschiedenen Pressemeldungen teilt der **Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands**, der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist, mit, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Polizei Vollzugsorgan der verfassungsmäßigen Regierung ist und daß sie ihren Aufgaben, Staatsautorität und Staatswohl zu schützen und den Gesetzen und Verordnungen zur Achtung zu verhelfen, nur gerecht werden kann durch ein unlösliches Treuverhältnis zur volksgewollten Regierung und restlose Erfüllung der übernommenen Dienstpflichten.

•

Richtlinien für das Disziplinarverfahren

Berlin, 9. Februar. Das **Reichskabinett** hat gestern in einer **Kabinettssitzung** folgende Richtlinien für das Disziplinarverfahren aufgestellt: 1. Das ordentliche Disziplinarverfahren wird eingeleitet gegen Beamte, die a) Urheber des Streiks sind, b) soweit sie Sabotageakte oder gewaltsame Eingriffe in den Betrieb ausgeführt, oder andre Beamte an der Erfüllung ihrer Dienstpflicht mit Gewalt oder durch Androhung mit Gewalt gehindert haben. 2. Soweit einzelne Beamte wegen des Streiks zur Verantwortung gezogen werden, sollen **nur Ordnungsstrafen** verhängt werden, sofern sie alsbald zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zurückkehren. Geldstrafen sollen nur in Sonderfällen verhängt werden. 3. Ueber das Diensteinkommen während der Streiktage gilt § 15 Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes: **Nichtbezahlung der Streiktage**. 4. Soweit Disziplinarverfahren bereits eingeleitet sind, sollen sie im Rahmen der Grundsätze zu 1. nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergeführt werden. Die kündbaren Beamten sollen nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden. Wie weiter mitgeteilt wird, sollen als Urheber nicht nur die Beamten gelten, die an der Zentralstelle, sondern auch die im Reiche in den Verkehrsbezirken zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks hervorragend mitgewirkt haben. Kündbare Beamte, die unter 1a oder 1b fallen, sind zu entlassen. Soweit sie schon entlassen sind, werden sie nicht wieder eingestellt. Das Beschwerderecht wird hierdurch nicht berührt. Das Reichskabinett hat weiter beschlossen, auch gegen alle Beamten vorzugehen, die sich der Beschimpfung oder Belästigung von Beamten schuldig gemacht haben, die während des Streiks tätig waren.

•

Botschafterrat und Eisenbahnerstreik

Basel, 8. Februar. Wie die **Basler Nachrichten** aus Paris melden, hat die gestrige Sitzung des Botschafterrats sich mit der **Stockung der deutschen Kohlenlieferungen an die Entente** infolge des deutschen Eisenbahnerstreiks befaßt. Den Pariser Zeitung zufolge nahm die Konferenz **eine abwartende Haltung** ein und vertagte, um die Beilegung des Eisenbahnerstreiks abzuwarten, eine Entschließung auf kommende Woche. Mit der Frage einer Besetzung der Ruhrkohlenversandstellen durch Ententetruppen hat sich laut dem offiziösen Journal des Debats die Botschafterkonferenz nicht befaßt.

•

Der Streikabbruch in Sachsen

Die Bezirksleitung Sachsen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat am Mittwoch mittag in Dresden bekanntgegeben, daß der Streik abgebrochen werden soll. Die Arbeit soll noch im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen werden.

Auf Grund dieser Bekanntmachung haben sich die Streikenden in **Dresden** und ganz Sachsen wieder zur Arbeit gemeldet und der Verkehr nimmt in steigendem Umfange wieder geordnete Formen an. Wie schnell der **Dresdner** Betrieb normal gestaltet werden kann, hängt hauptsächlich davon ab, wie die Arbeiten zur Freimachung der Gleise, zur Instandsetzung der stark veralteten Weichen, der Fahrbarmachung des rollenden Materials und der Räumung des verstopften Güterbahnhofes fortschreiten. In erster Linie ist man bestrebt, den Vorort- und Güterverkehr wieder normal zu gestalten. Erst dann kann an die Aufnahme der Personen-Fernverbindungen gedacht werden. Man hofft jedenfalls, von heute, Donnerstag, früh an den Nahverkehr in einigermaßen genügendem Umfange durchführen zu können.

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Opernhaus. **Richard Wagners** Fliegender Holländer zog gestern in einer recht matten, phantasielosen Wiedergabe vorüber. Zwar verzicht der dämonische Balladenstil des Werkes, die von Wagner in wilden Seestürmen auf seiner abenteuerlichen Flucht 1839 von Riga nach London auf einem Segelschiffe geschaute Sage nie ihre packende Wirkung, dank auch des Dichters geschlossenem Aufbau der Handlung, die in **einem** Zuge ohne Unterbrechung sich abrollt. (Da Wagner das Werk ursprünglich als Einakter entworfen, so ist es durchaus stilgemäß, wenn man die drei Akte — wie zuerst in den Festspielen in Bayreuth unter Siegfried Wagner — auch bei uns ohne Pausen spielt.) **Striegler** dirigierte: man wagt sich bei der Arbeitsüberlastung unsrer beiden Kapellmeister aus Billigkeitsgefühl keine technischen Hingebungen zu fordern und ist froh, wenn alles ordentlich klappt. Die Betonung einiger greller Orchestereffekte — so im Entreakte vor den Chören des letzten Bildes — ist nicht im Sinne Wagners, der sie nach Paris milder umintrumentiert hatte. Wie würde er sich wohl zu den szenischen Dichtereien gestellt haben? Vielleicht zustimmend. Wenn nur die Leinwand nicht oft solche den Himmel vertikal zerschneidende Falten würfe! Und die Wolken färben sich manchmal gar zu grün und lila.

Frau **Vieteck-Kimpel** als Senta hatte Husten, hielt aber dankenswert den dramatischen Ton des ganzen auf der Höhe. **Fleischer** als Titelheld sang oft unrein, zu tief, und streckenweise verstand man kein Wort. Den Jäger, den Jugendgeliebten Sentas, Erik, den Wagner in die Sage hineinerfunden hatte, um einen Gegenspieler und Nebenbuhler zum Holländer und so erst den eigentlichen dramatischen Konflikt mit Schuld und Sühne zu haben, gab zum erstenmal gestern Friedrich **Lohsel** mit jugendlicher Lebendigkeit und Stimmfrische. eb.

Konzert

Der Mozart-Verein unter Kapellmeister Erich **Schneider** eröffnete seine gestrige Aufführung mit Einleitung und Fuge in C-Moll für Streichorchester von Mozart. Es ist ein schönes Stück. In Wehmut befangen wehen in der Einleitung zage Gefühle leise ihre Fäden miteinander — es ist, als ob jemand in der Stille seines Herzens der nahen Schicksalsstunde entgegenbangt. Dann aber bricht's los mit Festigkeit und unerbittlichem Ernst: in der Fuge schließen sich die vier Stimmen zu gewaltigem Ringen zusammen. Kein versöhnendes Tur, etwa nach dem mitzen Rezepte Durch Nacht zum Licht, trübt die Wucht des Ganzen. Das Vereinsorchester ging tüchtig ins Zeug. Man hatte seine Freude am Gelingen der Einzelheiten und des Zusammenspiels. Nur daß die Fuge von A bis Z mit gleichbleibender robuster Kraft erklang, ist zu bemängeln. Den architektonischen Aufbau des Werkes hätte man durch sinngemäße Abstufung der Klangstärke schärfer beleuchten sollen.

Klara **Pachaly** sang mit wohlklingender, sichersitzender Altstimme zwei Arien aus Händels 1732 komponierten italienischen Opern Sosarme und Ezio. Heiteres, leichtgefügtes Barock lacht hier hervor. Hans **Schrader**, ein Vereinsmitglied, spielte Haydns zweites so gut wie unbekanntes Violoncellkonzert. Die artistische Leistung ging weit über das sonst bei Kunstliebhabern zu erwartende Maß hinaus. Sicheres, schon weitreichendes technisches Können und musikalische Auffassung sind Herrn Schrader zweifellos eigen. P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 10. Februar. **Opernhaus:** Die Jüdin. Volksbühne Nr. 3148—3197 (7). — **Schauspielhaus:** Baumeister Solneß. Volksbühne Nr. 3198—3230 (7½). — **Neustädter Schauspielhaus:** Die spanische Fliege (7½). — **Zentral-Theater:** Prinzessin Olala (7½). — **Residenz-Theater:** Die Frau ohne Mann (7½).

Opernhaus. Die neue Oper von **Mascagni**, **Der kleine Marat**, ist zur deutschen Uraufführung angenommen worden. Die erste Aufführung ist für März in Aussicht genommen.

Schauspielhaus. Im Schauspielhause nehmen die Proben zu Gerhart **Hauptmanns** Drama **Das Opfer** (Indipohdi) unter der persönlichen Leitung des Dichters ihren Fortgang. Die Uraufführung ist für **Donnerstag den 23. Februar** in Aussicht genommen. Es besteht die Absicht, im Laufe dieser und zu Beginn der nächsten Spielzeit Neueinstudierungen und Erstaufführungen noch andrer Werke Gerhart Hauptmanns herauszubringen. Diese Dramen sollen dann mit jenen, die sich schon jetzt im Spielplan des Schauspielhauses befinden, im November dieses Jahres anläßlich des 60. Geburtstags Gerhart Hauptmanns zu einem Zyklus zusammengefaßt werden. Die Leitung des Schauspielhauses beabsichtigt, jedoch auch über den November hinaus, während der ganzen Spielzeit 1922/23 dem Schaffen Gerhart Hauptmanns, entsprechend der Bedeutung, die ihm innerhalb der neueren deutschen Dichtung zukommt, eine beherrschende Stellung im Spielplan einzuräumen. — Hoffentlich bekommen wir dann endlich auch **Die Weber** wieder einmal in Dresden zu sehen!

Neustädter Schauspielhaus. Sonntag den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, zum vorletzten Male zu kleinen Preisen das Weihnachtsmärchen Der Weg in die Christnacht.

Im hiesigen Kunstgewerbemuseum, Ellusstraße 34, ist von heute bis mit 12 März eine Anzahl älterer und neuzeitlicher Papiertapeten zu einer Sonderausstellung vereinigt. Das Museum ist wochentags von 10 bis 3 Uhr, Sonn- und Festtags von 10 bis 1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Der Verein für Sächsische Volkskunde und Volkskunst veranstaltet nach vieljähriger Pause Sonnabend den 18. Februar, abends 7½ Uhr, im Vereinshause wieder einem volkskundlichen Abend. Er findet anläßlich des 25jährigen Bestehens des Vereins in besonders festlicher Weise statt. Orgelspiel von Meister Pfannstiehl, Männerchöre des Dresdner Lehrergesangvereins, fröhliche Kinderspiele und Tänze, Kasperletheater bilden seinen ersten Teil. Ein Festspiel Der Streit der Landsleute oder Bergmann und Engel von Kurt Arnold Findeisen beschließt den abwechslungsvollen Abend. Es treten auf die sächsischen Volksstämme, allerlei merkwürdige Sagenerscheinungen der Heimat, Meißner Porzellanfiguren, erzgebirgische Spielsachen und Weihnachtsgestalten. Die sächsischen Landsmannschaften wirken in Originaltrachten mit. Karten bei Ries und Reinicke.

25 Jahre Vorsitzender des Dresdner Buchdrucker-Gesangvereins ist am 12. Februar Herr **Gustav Berger**. Unter seiner Vereinsführung war der Verein in der Lage, Das Meer und Vor Sonnenaufgang (achtstimmiger Männerchor) von Nicodé, mit großem Orchester zur Aufführung zu bringen.

Kleine Mitteilungen

Der sozialistische Studentenkongreß in Leipzig. Ueber den sozialistischen Studentenkongreß, der etwa in der ersten Hälfte des März in **Leipzig** zusammentritt, erfahren wir: Infolge der starken Beteiligung der In- und Auslanduniversitäten wird der Kongreß ein **internationales Gepräge** tragen. Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands werden eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Die erste Aufgabe des Kongresses soll darin bestehen, der vor kurzem in Berlin gegründeten Zentrale einen festeren Rückhalt durch Ausgestaltung der Organisation zu geben. Die Gründung einer sozialistischen Studentenzeitung ist geplant, ebenso die Gründung eines internationalen Studentenbundes, der im Gegensatz zu der Confédération Internationale des Étudiants (C. I. E.), von der die Mittelmächte ausgeschlossen sind, eine internationale Geltung erlangen soll. Bei der leider verhältnismäßig geringen Bedeutung der sozialistischen Bewegung an vielen Universitäten mag man die Aussichten einer sozialistischen Studenteninternationale mit Zweifel beurteilen, — bedeutsam ist es jedenfalls, daß sich zum ersten Male die sozialistischen Studenten aller Länder zusammenfinden, um ein gemeinsames Programm aufzustellen.

Die internationale Grippe-Epidemie. Die Grippe herrscht nicht nur bei uns, sondern sie ist auch im Ausland stark verbreitet. Wie wir einer Zusammenstellung der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ entnehmen, hat sie in Stockholm die Hälfte der Bevölkerung ergriffen, und in der schwedischen Armee zählt man 5000 Erkrankungen. In Kopenhagen sind 600 Fälle festgestellt. In Paris werden täglich etwa 50 Grippekranke in die Krankenhäuser eingeliefert. In London ist die Ausbreitung der Krankheit in den südlichen und nordöstlichen Vierteln der Stadt am stärksten. In Edinburg und Leith sind unter den Schulkindern 20 000 Erkrankungen, d. h. 35 Prozent der Gesamtzahl, gemeldet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220209/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG